

7. Deutsche Infrastrukturkonferenz der Initiative Deutsche Infrastruktur e.V.: Weichenstellung für die Finanzierung der Zukunft

Berlin, 26. November 2025 – Ein zentrales Ergebnis zog sich durch alle Vorträge und Podien auf der 7. Deutschen Infrastrukturkonferenz der IDI – Initiative Deutsche Infrastruktur e.V. am 25. November in Berlin: trotz des neuen staatlichen Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz ist die massive Mobilisierung von privatem Kapital erforderlich, um den Investitionsbedarf in essenziellen Infrastrukturen zu decken. Führende Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, den Deutschen Altersvorsorgeeinrichtungen und der Wirtschaft diskutierten mit rund hundert Teilnehmenden im Haus der Bundespressekonferenz über Wege, wie Ausbau und Modernisierung der deutschen Infrastruktur unter den aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen gelingen können.

Martin Rohm, Vorstandsmitglied der IDI, betonte zur Eröffnung, dass es eine hohe Kongruenz zwischen öffentlichen Erfordernissen, Zielen der Politik und dem Potenzial der deutschen Altersvorsorgeeinrichtungen gibt. Mit ihren Finanzmitteln in Höhe von 2,4 Billionen Euro könnten diese einen substanziellen Beitrag zur Auflösung des Investitionsstaus leisten – und das mit einem langen Atem: „Als Ewigkeitsinvestoren sind Versicherungen, berufsständische Versorgungswerke und Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung an langfristiger Stabilität interessiert.“

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie öffentliche und private Finanzierungsströme effizient verzahnt werden können, um zentrale Zukunftsprojekte voranzubringen. Der Vormittag widmete sich den politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen der Infrastrukturfinanzierung. Vertreterinnen und Vertreter von Bundesministerien, der KfW und von Industrieverbänden beleuchteten die Rolle des neuen Sondervermögens, regulatorische Anforderungen und konkrete Investitionsansätze.

Dr. Steffen Meyer, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, betonte, dass die Ermöglichung von Wirtschaftswachstum die zentrale Aufgabe der Bundesregierung sei. Zahlreiche Herausforderungen könnten nur auf Basis einer neuen wirtschaftlichen Dynamik gelöst werden. Das Bundesfinanzministerium verstehe sich jetzt als Investitionsministerium. Der Wirtschaft machte er ein Gesprächsangebot: Die Bundesregierung brauche Informationen zu konkreten Projekten, den damit verbundenen Renditeanforderungen und zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen. Er rief dazu auf, den Blick gemeinsam nach vorn zu richten und die geplanten Rekordinvestitionen nun auf allen Ebenen entschlossen umzusetzen.

Dr. Lutz-Christian Funke, Generalsekretär der KfW, erläuterte die Struktur und die wichtigsten Investitionsbereiche des als Dachfonds konzipierten Deutschlandfonds, darunter Energie, Rohstoffe, Venture Capital, Mittelstandsförderung, Verteidigung und Wohnungsbau. Die Investitionsinitiativen der Bundesregierung habe die Stimmung in der Wirtschaft, aber vor allem auch die Sichtweise internationaler Investoren auf Deutschland aufgeheitelt. Entscheidend sei jetzt eine enge Kooperation zwischen Staat und privaten Akteuren. Bisher seien zahlreiche Investitionsprojekte, die mithilfe einer Verknüpfung aus staatlichem und privaten Kapital realisiert werden könnten, für die Politik schlicht „nicht sichtbar“. Das müsse durch einen intensiven Austausch überwunden werden.

Die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Kerstin Andreae, verwies darauf, dass die Energieinfrastruktur in der Transformation zur Klimaneutralität letztlich von politischen Entscheidungen geprägt werde und sich nicht alle

erforderlichen Investitionen allein aus dem Markt heraus ergeben würden. Der Staat solle deshalb bei allen Entscheidungen „immer auch mal die Investorenbrille aufsetzen“, um die Bedarfe privater Investoren besser zu verstehen.

Am Nachmittag folgten zwei vertiefende „Deep Dives“:

- Im Themenblock „Energieinfrastruktur“ wurden die Investitionsvoraussetzungen u.a. bei der Eigenkapitalverzinsung für Stromnetze und bei den Finanzierungsbedingungen von Stadtwerken erörtert. Insbesondere wurden dabei die Herausforderungen, aber auch die Chancen privater Investitionen in die Wärmenetze diskutiert. Dabei wurde auch auf die Ergebnisse des Energiewende-Monitorings des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) Bezug genommen.
- Der Verkehrssektor stand im Fokus des Panels „New Mobility & Verkehr“. Klar wurde, dass es für eine moderne und gut unterhaltene Verkehrsinfrastruktur eine langfristige, haushaltsunabhängigere Finanzierung braucht. Auch Lebenszyklusmodelle in Form öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) seien – wenn vertraglich klug ausgestaltet – ein gutes Instrument für Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Als Feld für eine „zweite Welle der ÖPP“ wurde von Teilnehmern insbesondere die riesige Herausforderung der Brückensanierung identifiziert.

An den enormen Investitionsbedarfen habe sich im Verlauf des Konferenztages natürlich nichts geändert, fasste Dr. Tobias Brosze, IDI-Vorstand, abschließend zusammen. Aber: „Die Bundesregierung hat sich auf den Weg gemacht. Statt dem Problem-Diskurs zu frönen, sollten wir Sondervermögen, Deutschlandfonds und die an vielen Stellen begonnene Verbesserung der Rahmenbedingungen als große Chancen begreifen.“

Über die IDI:

Die [IDI - Initiative deutsche Infrastruktur e.V.](#) ist eine unabhängige Plattform. Sie engagiert sich für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch Investitionen in essenzielle Infrastruktur. Mitglieder sind alle relevanten Interessengruppen, v.a. Vertreter deutscher Altersvorsorgeeinrichtungen, wie z.B. Versicherungen, Versorgungswerke und Pensionskassen, die branchen- und regionenübergreifend ein Kapitalanlagevermögen von zusammen rund 400 Mrd. EUR repräsentieren.

Ziel ist hierbei die Steigerung des Bewusstseins für die große Bedeutung von privaten Infrastrukturinvestitionen, in Ergänzung zu Mitteln der öffentlichen Hand. Dies wird durch den intensiven Austausch mit Politik, Kommunen, Verbänden und der Wirtschaft ermöglicht.